

SCHRIFTLICHE ANFRAGE E-2481/08

von Raúl Romeva i Rueda (Verts/ALE), Mikel Irujo Amezaga (Verts/ALE), Karin Scheele (PSE), Ana Maria Gomes (PSE) und Willy Meyer Pleite (GUE/NGL)
an die Kommission

Betrifft: Lage der Menschenrechte in Westsahara

Die Direktverhandlungen zwischen dem Königreich Marokko und der Polisario-Front haben noch immer keine greifbaren Fortschritte für eine „gerechte und dauerhafte politische Lösung“ gebracht, „die die Selbstbestimmung des Volkes von Westsahara vorsieht...“ (Resolution 1754/2007 des UN-Sicherheitsrats) und dem Kolonialproblem von Westsahara ein Ende bereitet. Die Ursache liegt in der Blockadepolitik Marokkos, das mit seinem Autonomievorschlag eine einseitige Lösung durchzusetzen sucht, die dem Volk der Saharais sein durch internationale Resolutionen anerkanntes umfassendes Recht auf Selbstbestimmung verweigert. In seinem Bericht S/2007/619 von Oktober 2007 hat der Generalsekretär der UNO die Beunruhigung der internationalen Gemeinschaft angesichts der in Westsahara herrschenden Lage erneut zum Ausdruck gebracht. Dennoch setzen die marokkanischen Behörden ihre Politik der Unterdrückung und Verfolgung des saharaischen Volkes fort. Nach dem Bericht des Menschenrechtskommissariats von 2006 ist die Lage der Menschenrechte in Westsahara sehr besorgniserregend, und Human Rights Watch spricht im „World Report 2008“, der die systematischen Menschenrechtsverletzungen an den Saharais bestätigt, von „zügelloser und brutaler Gewaltanwendung und ungerechten Prozessen“, von Belästigungen, der Unterdrückung der Bewegungs- und Meinungsfreiheit und mehreren Festnahmen.

Wie kann die EU eine so schwerwiegende und dem Frieden und der Zusammenarbeit abträgliche Situation dulden? Warum hat die Kommission bis zum heutigen Tag weder öffentlich noch inoffiziell einen Protest oder eine Anfrage an die marokkanischen Behörden gerichtet, um sie zur Einstellung ihrer Unterdrückungskampagne und ihrer Blockadepolitik im Friedensprozess von Westsahara aufzufordern? Warum verlangt die Kommission nicht die unverzügliche Freilassung der saharaischen politischen Gefangenen? Warum fordert die Kommission von Marokko nicht die Aufhebung des Besuchsverbots für die Ad-hoc-Delegation des Europäischen Parlaments, die in die von Marokko besetzten Gebiete Westsaharas reisen wollte? Verletzt die Unterdrückungspolitik Marokkos gegenüber Westsahara nicht die Klauseln des Assoziierungsabkommens EU-Marokko, in denen die Achtung der Menschenrechte und der demokratischen Grundsätze verlangt wird? Worauf wartet die Kommission, um sich an die Seite der UNO zu stellen und deren Bemühungen für die Umsetzung ihrer Resolutionen zu Westsahara und für den Abschluss der Direktverhandlungen des Königreichs Marokko und der Polisario-Front mit dem Ziel einer friedlichen Lösung, die dem Volk von Westsahara die Selbstbestimmung garantiert, wirksam zu unterstützen?